



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die liberale Opposition in Nassau.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die liberale Opposition in Nassau.

Nachdem Kurhessen eine rechtmäßige Landesvertretung wiedergewonnen, Hessen-Darmstadt seine zweite Kammer in vollsthümlich liberalem Geiste erneuert hat, schickt sich nun auch Nassau an, der Regierung eine selbständige Repräsentation der öffentlichen Interessen und Sympathien gegenüberzustellen. Wahrscheinlich noch im Laufe dieses Jahres wird die Neuwahl der beiden Kammern vorgenommen werden, und seit dem 1. Februar bereits, wo in Rüdelsheim die alljährliche Lichtmehversammlung stattfand, ist die Opposition damit beschäftigt, ihre Kräfte für diesen entscheidenden Feldzug zu verstärken, zu sammeln und zu ordnen. Als sie am 1. März zu Limburg an der Lahn eine erste Hauptmusterung hielt, durfte sie sich mit stolzer Hoffnung gestehen, daß — wie auch gegnerische Organe seitdem anerkannt haben — Bildung und Wohlstand des Landes in ganz überwiegender Mehrheit auf ihrer Seite seien. Man rechnete aus, daß höchstens ein Sechstel der Sitze der zweiten Kammer an die Regierungspartei fallen könne. Zweifelhafter allerdings steht es um die erste Kammer, in welche die zu Sitz und Stimme berechtigten Standesherrn, ihrer Vorrechte hier so unwerth wie anderswo, reine Geschöpfe der Regierung als Stellvertreter zu schicken gewohnt sind. Aber selbst wenn dieses Haus seinem preussischen Vorbilde auch ferner naheifern sollte, ist die Hauptsache gethan, sobald die zweite Kammer eine starke und zuverlässige liberale Mehrheit hat; zumal da in finanziellen Angelegenheiten beide Kammern gemeinschaftlich berathen und beschließen.

Zeit ist es in Wahrheit, daß auch hier endlich dem Belieben der Regierung und des Hofes unübersteigliche Schranken gesetzt werden. In Wiesbaden hat man sich nicht daran genügen lassen, die zehnjährigen Siegesfeste der Reaction mitzufeiern, und z. B., um nur der ärgsten Ausschweifung zu gedenken, das rechtskräftig aufgehobene Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden wieder eingeführt zu haben, wiewohl man selbst von dem nach dem octroyirten Wahlgesetz gewählten Landtage dazu die verfassungsmäßig erforderliche Zustimmung nicht erlangen konnte. Nein, als mit der Regentschaft in Preußen und dem

italienischen Kriege die Nation sich allenthalben auf ihre Rechte und Bedürfnisse wieder besann, sah die nassauische Regierung darin nur eine Aufforderung zu verschärfter Polizeiherrschaft. Sie vermerkte es sehr übel, daß die Mitglieder der parlamentarischen Opposition in Wiesbaden unter den Ersten waren, welche in Deutschland wieder die Stimme erhoben für ausgiebige constitutionelle Freiheit und nationale Einheit. Sie sah sofort in ihnen angehende Thronräuber und begann sie als Landesfeinde zu behandeln. Das von ihnen gegründete Blatt wurde unterdrückt. Eine Regierungspresse entstand, deren Freiheit von legalen und moralischen Bedenken in Deutschland ihres Gleichen nicht hat. Dem Landtage begegnete man mit ausgesuchter Mißachtung. Der Staatsminister Fürst Wittgenstein und der unter ihm die Zügel führende Regierungspräsident v. Binzingerode erschien gar nicht im Ständesaale; ihre Commissäre gaben nur dann Auskunft und Bescheid, wenn nicht viel daran gelegen war, und zuckten stumm die Achseln, wo die pflichtmäßigen Erkundigungen der Volksvertreter einem gekränkten oder bedrohten Recht des Landes galten. Unzählige Male, wie man sich denken kann, hat der Landtag in dieser trüben Dämmerung zwischen dem Absolutismus und einem freien nationalen Leben auch in Nassau Veranlassung gehabt, nichtverwilligte Ausgaben zu reclamiren: aber so lange er besteht — wurde in Limburg erzählt — ist niemals eine dieser unrechtmäßig ausgegebenen Summen wieder zur Kasse gekommen, mit alleiniger Ausnahme von fünf oder sechs Gulden, die dem Lande zur Last geschrieben waren für die Wahlreise eines Amtmanns im Interesse der Regierungspartei. Ja, consequente Verfolgung der Sache hat es im höchsten Grade wahrscheinlich gemacht, daß die Regierung in keinem anderen Falle auch nur die ersten Schritte gethan hat, um die Sache dem gerechten Verlangen des Landtags nachkommend aufzuhellen. So springt man in unsern Tagen mit deutschen Volksvertretern um!

Es ist unmöglich, daß so viel Uebermuth und Verblendung sich nicht rächen sollte. Das Herannahen der Neuwahlen hat denn auch den gegenwärtigen Machthabern eine gewisse Sorge um die Zukunft eingeflößt. Während man sich bis dahin mit dem Alleinbesitz aller äußern Machtmittel und mit den guten geselligen Beziehungen zu den Gesandten und Generälen des benachbarten Bundestags begnügt hatte, begann man nun allmählig die Nothwendigkeit einer Stütze im Lande, einer wirklichen Regierungspartei zu begreifen. Auf den guten Willen der Amtmänner und der Geistlichen — von denen namentlich die katholische Hälfte durch unwürdige Zugeständnisse an die Curie ein für alle Mal gewonnen war — glaubte man sich doch nicht beschränken zu dürfen. Man ergriff daher aufs eifrigste die Gelegenheit, welche die im vorigen Herbst vollzogene Bildung der großdeutschen Partei darbot. Alles, was abhängig war, wurde in den „Reformverein“ getrieben. Der nassauische Zweig dieses Deutsch-

land überschattenden Baumes der Erkenntniß erklärte sich feierlich für eine Art politischer Leibgarde des Herzogs. So hatte die Regierungspartei die Genugthuung, schon vor der Opposition auf dem Platze gewesen zu sein. Darauf werden sich indessen ihre Erfolge in der Wahlcampagne auch wohl beschränken.

Für eine wirkliche Partei im Sinne der augenblicklichen Regierung fehlt es in Nassau so ziemlich an Allem. Rechnet man einen großen Theil der Geistlichkeit und einen kleinen Theil des Beamtenthums ab, so gibt es keine Bevölkerungsclassen, aus denen dieselbe sich recrutiren könnte. Der Adel, aus dem in frühern Zeiten so erlauchte politische Namen hervorgegangen sind, ist der Zahl, dem Besitz und der Begabung nach außerordentlich unbedeutend. Selbst bei Hofe spielen fremde Cavaliere eine Hauptrolle. Die Masse der Beamten ist zu aufgeklärt und gutbürgerlich gesinnt, um im Herzen mit den Trägern der Reaction zu sympathisiren. Dagegen besitzt das Land ein sehr wohlhabendes, fortgeschrittenes, kernhaftes und politisch begabtes Bürgerthum. Der Wein des Rheingaus und das Eisen der Lahn und der Dill wachsen dem Nassauer nicht umsonst in die Hand. Selbst in Wiesbaden ist der Geist der Bevölkerung so gesund, daß der doppelte Einfluß des Hofes und des Bades nichts über ihn vermögen, und die letzte Wahl zur zweiten Kammer einstimmig auf den charakterfesten Führer der Opposition fiel. Welche andere Residenz von ähnlichem Umfang kann das von sich sagen? Die Nassauer sind allerdings von zu bedächtigem Temperament, als daß sie über Regierungssünden rasch die Geduld verlören. Sie besitzen am wenigsten von allen mittelhheinischen Deutschen jenes Talent des unproductiven Raisonnirens, das zumal die Pfälzer, die halb-servilen und halbradicalen Frondeure, so hervorstechend bezeichnet. Aber wenn sie sich einmal erheben, so geschieht es, um sich nicht vor erreichtem Ziel wie, der niederzulegen. Und jetzt ist ihnen die Geduld vergangen. Sie sind offenbar entschlossen, der täglichen Verletzung ihrer Interessen und Rechte durch eine ausgeartete Gewalt ein Ende zu machen.

Was diesen Entschluß unaufhörlich erneuert und befestigt, ist die Gefahr, in welcher der Zollverein schwebt. Die nassauische Regierung hat sich für bezugt gehalten, ihren Beitritt zum preußisch-französischen Handelsvertrage ins Ungewisse zu verschieben. Sie ist also mitschuldig an der durch die Nichtgenehmigung dieses Vertrags entstandenen Unsicherheit unsrer volkwirtschaftlichen Zukunft; mitschuldig daran, daß uns die unmittelbaren und mittelbaren Vortheile des Vertrags nicht schon längst zu Gute kommen. Ihr Land aber kann so wenig jene Unsicherheit der Zukunft ertragen als diese Einbußen der Gegenwart leicht verschmerzen. Abgesehen von derjenigen Zunahme eines bereichernden Verkehrs, die der Handelsvertrag vermöge seines Tarifs dem ganzen Zollverein gebracht haben würde, hätte Nassau noch besondern Vortheil gezogen

aus der Aufhebung der Uebergangsteuer auf Wein, die Preußen bei erfolglicher Annahme des Vertrags in Aussicht gestellt hat. Die Weinberge des Rheingaus fürchten sich nicht vor der gesteigerten Concurrenz der Gascogne, der Champagne und Burgunds, mit welcher die vertragsmäßige Herabsetzung der Weinzölle sie bedroht — wenigstens dann nicht, wenn gleichzeitige Erleichterungen ihres Absatzes nach dem Norden sie in den Stand setzen, ihren Nebenbuhler auf seinen eigenen alten Gebieten aufzusuchen und aus dem Felde zu schlagen. Nur die Uebergangsteuer, welche sie selbst noch immer zu erlegen haben, quält sie, nicht der hohe Zoll, der dem Concurrenten theilweise abgenommen werden soll. Auch die Uebergangsteuer ist ihnen lästiger wegen der mit der Erlegung verbundenen überflüssigen Arbeit, als des Geldes halber. Es gibt in Rudesheim, Geisenheim und Eltville Weinhandlungen, die bloß der Uebergangsteuer wegen ein paar Commis mehr zu halten genöthigt sind. Eine zweite Beschwerde der nassauischen Weinproducenten ist der einem Rabatt gleichkommende Steuercredit, den die Großweinhandlungen des Zollvereines genießen, wenn sie über eine bestimmte Menge fremden Weins importiren. Aber auch diese Begünstigung des ausländischen Gewächses hoffen sie bald loszuwerden, wenn der Zollverein in freierer und beweglicherer Form erneuert wird. Genug, die nassauische Weinproduction ist dringend daran betheilig, daß der Handelsvertrag je eher desto lieber in Kraft trete, und eine Auflösung des Zollverbands mit Preußen vollends, das Nassau auf zwei Seiten völlig umschließt, betrachtet sie nicht mit Unrecht als ihren Ruin. Das Letztere gilt auch von der zweiten großen Industrie des Landes, von der Eisenproduction der Lahn und der Dill. Ihr verspricht der Handelsvertrag allerdings nicht die goldenen Berge wie dem Weinbau; aber sie ist doch hinlänglich erstarrt und stützt sich auf einen hinlänglich guten Rohstoff, um der erweiterten Concurrenz halber den Vertrag nicht perhorresciren zu müssen. Dagegen ist das Eisen Nassaus mindestens ebenso sehr wie der Wein bei der Aufrechterhaltung des Zollverbands mit Preußen interessirt, zu deren Bedingungen jetzt die Annahme des Handelsvertrags gehört. Wohl neun Zehntel des geförderten Roheisens gehen zu weiterer Verarbeitung über die nördliche und westliche Grenze; was mit diesem anfangen, wenn wieder wie vor einem Menschenalter die schwarzweißen Grenzpfähle den orangeblauen feindlich absperrend gegenüberstehen? Auf der andern Seite gibt es so gut wie gar keine Industrie im Lande, die von dem Tarif des Handelsvertrags etwas Ernstliches zu fürchten hätte. Man bildet es sich zwar hier und da ein; aber dann liegt es zum Theil an den seltsamsten Gründen. Die hochheimer Champagnerfabrik z. B. möchte sich nicht gern des Vortheils beraubt sehen, unter gefälschter französischer Firma den Weltmarkt zu beziehen — ein Vortheil, den würzburger und rudesheimer Fabriken längst ohne Schaden und Bedauern haben fahren lassen.

Es ist gewiß, daß die kurzfristige Tendenzpolitik der Regierung in der Handelsvertrags- und Zollvereinsfrage, indem sie so viele und individuelle Interessen verletzt und bedroht, die staatliche Selbständigkeit Nassaus in den Gemüthern seiner Bevölkerung stärker erschüttert als alle Agitationen des Nationalvereins. Ohnehin fiel die Saat, welche dieser ausstreut, hier auf keinen unfruchtbaren Boden. Ein bayrisches und selbst ein hannoversches Staatsgefühl mag es geben — ein nassauisches Staatsgefühl gibt es nicht, außer etwa da, wo Staat und Hof zwei Ausdrücke für denselben Begriff sind. Das Herzogthum ist zu jung und zu klein, es hat auch zu wenig gethan, um das politische Selbstgefühl seiner Bürger zu entwickeln, als daß es zu irgend einem Grade von Patriotismus auffordern sollte, der mehr wäre als das gewöhnlichste und unschuldigste Heimatsgefühl. Ist doch gerade im Gegensatz zu Allem, was den Staat ausmacht — zum Amtmann, zur Regierung und zum Hofe das bürgerliche Selbstbewußtsein allmählig emporgewachsen: wie sollte es sich nun an diejenigen Mächte anlehnen, die es gern für immer am Boden gehalten hätten?

Der nassauische Liberalismus trägt die Spuren dieser seiner Herkunft so gut wie das Gepräge des gesund und harmonisch entwickelten Volkstammes, dem er angehört. Er vertritt eine seltene Mischung von Besonnenheit und Thatskraft. Es fehlt in seinem Schoße nicht an Gruppierungen und Nuancen, aber aus einiger Ferne betrachtet nimmt er sich schon vollkommen einfarbig aus. Kein nationales Bekenntniß verweist ihn auf den rechten Flügel des Nationalvereins; seine Thätigkeit und Entschlossenheit sichern ihm einen Platz im Vordertreffen. Daß er die Hoffnungen theilte, welche das liberale und preußenfreundliche Deutschland ein paar Jahre lang auf das erste Ministerium König Wilhelms setzte, hat ihn nicht einen Augenblick abgehalten, in die selbständigeren Wege einzulenken, die der Nationalverein mit der Adoption der Reichsverfassung beschritt. Einer nicht sehr zahl- und einflußreichen Schaar von Allliberalen zu Gefallen hat man allerdings in Limburg darauf verzichtet, den Koburger Beschluß vom 6. October 1862 ins Wahlprogramm aufzunehmen; man hat sich mit dem allgemein gefaßten Beschluß des ersten deutschen Abgeordnetentages begnügt. Aber diese Concession hat keine andere Bedeutung, als daß man um einer vor der Hand noch theoretischen Frage willen auch nicht ein einziges Duzend Anhänger missen mag, wenn man doch gewiß ist, daß die Frage nur praktisch zu werden brauchte, um auch diese in den Schoß des Nationalvereins und unter das Banner der Reichsverfassung zu führen.

Zu dem deutschen Parlament, wenn es sich dereinst aufs neue versammelt, um als eine der ersten geistigen Gewalten der Welt bis in die späteste Zukunft fortzuleben, wird auch Nassau ein zwar kleines, aber nicht zu verachtendes Contingent von Rednern und Parteiführern stellen. In Deutschland steckt die

staatliche Beredsamkeit bekanntlich noch in den Kinderschuhen, und es gibt daher unter uns wenige so ausgebildete Sprecher, wie der Dr. Karl Braun in Wiesbaden. Eine köstliche Ruhe bewahrt ihn vor der gemeinsten aller oratorischen Jugendsünden, vor dem allzu geschwinden und trüben Fluß der Rede; und damit verbindet er juristische, finanzielle und nationalökonomische Kenntnisse, die ihn zum Range einer Specialität erheben, sowie einen Wig, der auf dem weimarischen Abgeordnetentage z. B. selbst jene württembergischen Schutzöllner wider ihren Willen zur Heiterkeit stimmte, denen seine Wirksamkeit für den Handelsvertrag ein Gräuel ist. Der echte Repräsentant aber, und eigentliche politische Führer des nassauischen Liberalismus ist Brauns langjähriger Freund und Parteigenosse, Dr. Lang in Wiesbaden. Charakterstärke, Energie und kühle Klugheit stellen ihn an die Spitze der Fortschrittspartei, wie sie ihm im Ausschuß des Nationalvereins, dessen nassauisches Mitglied er ist, einen hervorragenden Platz sichern. Er vor Allen ist ganz von jenem hohen nationalen Selbstgefühl erfüllt, das die Schwinge ist, auf der das deutsche Volk jetzt zu würdigen Geschicken emporstrebt. Solche Feldherrn und solch ein Heer werden nicht lange vergebens kämpfen. Binnen Jahresfrist wird Nassau aus einer Dependenz der österreichisch-mittelstaatlichen Coalition zu einem kaum noch angefochtenen Besiz des verjüngten Deutschland geworden sein.

Deutsche Briefe aus der preussischen Provinz Posen.

(Schluß von Nr. 6).

Der Kolko. — Ein Unglück des Herrn v. Niegolewski. — Der Erzbischof von Posen. — Die Wahlmanöver. — Die agitatorischen Kirchenlieder, Trauergottesdienste und Processionen. — Schlußbemerkungen.

Welches Bedürfnis und welches Vermögen die polnische Nation habe, sich gängeln zu lassen, beweist auch das jetzt etwa dreizehnjährige Bestehen eines comité directeur, welches seinen Siz in Posen hat und von dort aus jedem Wahlkreise seinen Abgeordneten zuweist. Oft waren die zu wählenden Männer dem Wahlkörper sehr unliebsam, und doch ist in den ganzen dreizehn Jahren nur ein Abgeordneter nicht wider, sondern nur ohne den Willen des comité gewählt worden. Dr. Prusimowski hatte Mai 1862 erklärt, er werde sich in